

Veranstaltungsbericht Sektion S 611

Vortrag 4-2022

Krieg in Europa -Der neue russische Imperialismus-

Bad Kissingen . Die Gesellschaft für Sicherheitspolitik Bad Kissingen hatte zu ihrem vierten Vortrag in diesem Jahr eingeladen. Sektionsleiter OTL aD Ulrich



Feldmann konnte dazu fast siebzig Zuhörer im grossen Saal der Seniorenresidenz Parkwohnstift begrüßen. Kooperationspartner der Veranstaltung war diesmal die Friedrich-Naumann-Stiftung, die auch den Referenten, PD Dr. Jan Gerber vom Leibniz-Institut in Leipzig vermittelt hatte, der dort das Ressort Politik leitet.

Aktueller hätte das Thema nicht gewählt werden können, denn der Krieg in der Ukraine betrifft uns alle: gestörte Wirtschaftsabläufe, Preissteigerungen, Verknappung von Energie, steigende Staatsausgaben, um nur die gravierendsten Folgen zu nennen. Sie erschüttern Staat und Gesellschaft in einem Maße, wie wir Europäer dies seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt haben.

Der neue russische Imperialismus ist im Grunde der alte, eben übertragen in unsere Zeit. Wenn man unter Imperialismus versteht, dass ein Staat seine Macht weit über seine Grenzen ausdehnt und die Erweiterung methodisch verfolgt, so trifft dies für das heutige Russland zu. Das Zarenreich, die Sowjetunion und das heutige Russland, alle Regierungen verfolgten das gleiche Ziel: Machterhalt und Machterweiterung. Der Zentralstaat nimmt für sich in Anspruch, auch eine Ordnungsmacht zu sein. Daraus leitet er seine auf Unterwerfung und Kontrolle hinauslaufende Politik ab.

West und Ost im Kalten Krieg

Gleich zu Beginn erinnerte der Referent an den Ungarn-Aufstand des Jahres 1956, den Einmarsch der Roten Armee in die damalige Tschechoslowakei im Jahre 1968, der den sogenannten Prager Frühling beendete, allesamt Lehrstücke für die Sowjetrepubliken und Staaten des Warschauer Paktes. Während der Zeit des Kalten Krieges scheute die Sowjetunion militärische Konflikte außerhalb ihres Machtbereichs. In der Phase der Hochrüstung kam es sogar zur Annäherung zwischen Ost und West. Erinnerung sei an Abkommen zur

Rüstungskontrolle, wie SALT I und II als Ergebnis intensiver diplomatischer Bemühungen und Konferenzen. Unter den beiden Atommächten war damals eine hohe Bereitschaft zum Dialog und das atomare Patt diente paradoxerweise sogar dem Zweck, einen Weltkrieg zu vermeiden. Stellvertreterkriege tobten in dieser Zeit in anderen Regionen wie in Vietnam, Angola und im Nahen Osten. Dazu Nikita Chruschtschow: „Wir kämpfen nicht gegen den Imperialismus (gemeint sind die USA und ihre Verbündeten) um zu sterben, sondern um all unsere Möglichkeiten zu nutzen, im Kampf weniger zu verlieren, als mehr zu gewinnen“. Dieser pathologische Zwang auf Zugewinn ist für Russland unter Putin die treibende Kraft in der russischen Außenpolitik. Man sieht sich in der Tradition eben jener, die schon immer die „Mehrer des Reiches“ sein wollten und enormen Landgewinn im Osten erreichten. Schmerzlich für jeden in dieser Kategorie denkenden Russen ist der Verlust Alaskas an die USA und natürlich der aller im zweiten Weltkrieg eroberten Gebiete im Westen..



Der II. Weltkrieg hat die Russifizierung der Sowjetunion beschleunigt. Moskau hob bewusst den russischen Anteil an der Befreiung des Vaterlandes zu Lasten der in diesem Riesenreich lebenden Minderheiten hervor. Die Sowjetunion wurde mit Russland gleichgesetzt. Der europäische Teil der Sowjetunion war während des Krieges zeitweise tatsächlich fast auf Russland geschrumpft. Die Ukraine und Belarus von den Deutschen besetzt. Russland mit seinen bis Sibirien reichenden Weiten, war das zentrale Rückzugs-, Aufmarsch- und Mobilisierungsgebiet der Roten Armee. Das ideelle Erbe der Sowjetunion verblieb nach ihrem Ende im Herrschaftsbereich des Kreml.

Imperialismus contra Innere Lage des Staates

Wie so oft sollen innenpolitische Probleme außenpolitisch kompensiert werden, nur wer sich der Macht sicher sei, könne es sich leisten, den Medien und Nichtregierungsorganisationen eine gewisse Freizügigkeit zu gewähren, so Dr. Gerber. Die gigantische, nach der Abschaltung aller kritischen Stimmen unbehelligt arbeitende Propagandamaschine diene dem Zweck, das russische Volk auf ihr Vaterland einzuschwören. Für die Unsicherheit, eben auch der

Führung, gibt es genügend Gründe: die soziale Lage hat sich seit der Finanzkrise verschlechtert und die Wirtschaft stagniert. Einschränkungen wie Stromausfälle, die inzwischen auch die Moskowiter zu spüren bekommen, werden quasi als Dienst am Vaterland hingenommen. Die Lebenserwartung russischer Männer fiel auf sechzig Jahre, das Niveau eines Entwicklungslandes. In dem Maß, in dem das Morgen verstellt ist, wurde auf das Gestern zurückgeschaut. Bei der Suche nach



einem neuen Selbstverständnis landete die Russische Föderation bei der Macht- und Geopolitik ihrer Vorgängerreiche. Der bescheidene Wohlstand und die weltpolitische Geltung der Breschnew-Ära verschmolzen in der Erinnerung mit dem großrussischen Imperialismus der Romanows, vor allem repräsentiert durch ihr grosses Vorbild Zar Alexander III, für den Putin auf der Halbinsel Krim ein 4m hohes Denkmal einweihte.

Ohne die Ukraine kein Imperium

Der Ukraine kommt geopolitisch eine besondere Bedeutung zu. Mit dem Anschluss der Ukraine waren sowohl das Zarenreich als auch die Sowjetunion zur Großmacht geworden, jetzt ist die Ukraine Gegenspieler. „Ohne die Ukraine hört Russland auf, ein Imperium zu sein, aber wenn die Ukraine unterworfen und dann untergeordnet ist, wird Russland automatisch zu einem Imperium“. Zbigniew Brzezinski. Bis zu ihrer Unabhängigkeit 1991 war die Ukraine eine sicherheitspolitische Pufferzone

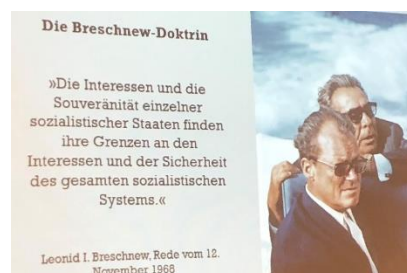
»Ohne die Ukraine hört Russland auf, ein Imperium zu sein, aber wenn die Ukraine unterworfen und dann untergeordnet ist, wird Russland automatisch zu einem Imperium.«

Zbigniew Brzezinski, 1997



Zbigniew Brzezinski mit Jimmy Carter, um 1975. Quelle: Financial Times, 15.3.20

zwischen Ost und West. Bemühungen des Kremls, die Ukraine politisch zu gewinnen, schlugen fehl und endeten in der Orangen Revolution und dem Maidan-Aufstand. Spätestens mit der Brandrede Putins auf der Sicherheitskonferenz von 2007 radikalisierte sich die russische Politik. Moskau erklärte den



Westen nach den Jahren der Annäherung offen zum Gegner und setzte ab jetzt auf Destabilisierung. Die russische Minderheit im Donbass und auf der Krim wurde zur Waffe gegen die Zentralregierung in Kiew. Damit sollte auch den anderen postsowjetischen Staaten signalisiert werden: Ihr gehört weiterhin zum „System“ und könnt euch nicht auf den Westen verlassen.

Die westliche Beschwichtigungspolitik, von der faktischen Hinnahme der Krim-Annexion über die Weigerung, die Ukraine in die Nato aufzunehmen, bis hin zur Rede über Russlands „berechtigte Interessen“, ließen das Risiko eines Einmarsches in die Ukraine für Putin als gering erscheinen. Aus der Konflikteindämmungsstrategie der Nato und der EU sprachen Unkenntnis und Desinteresse an der Geschichte und den Funktionsweisen der russischen Politik und Geschichte.

Im Zentrum des russischen Staatskapitalismus steht die Rüstungsindustrie. Der Kreml ist der beste Kunde der einheimischen Waffenindustrie. Millionen sind in diesem Industriezweig beschäftigt. Die Ausgaben können nicht gekürzt werden, weil sich die Betriebe in staatlicher Hand befinden. Daraus ergibt sich eine besondere Dynamik. Im Unterschied zu Gas und Öl können Waffen in Friedenszeiten nicht einfach verbraucht werden. Könnten die Depots voller Kriegsgerät vielleicht auch ein Grund zum Losschlagen gegen die Ukraine sein? Russlands Waffenproduktion um der Waffenproduktion willen befördert die Irrationalität, die hinter der „Großraumpolitik“ aufblitzt.

Am Ende machte der Referent klar, dass, egal wie der Ukraine-Konflikt endet, nicht mit einem raschen Ende der russischen Imperial-Strategien zu rechnen ist. Russland will seinen Patz unter den Weltmächten um jeden Preis behaupten. Dem Vortrag schloss sich eine angeregte Diskussion an, in der die eindeutige Meinung vertreten wurde, dass nicht die EU mit ihren Sanktionen einen Wirtschaftskrieg gegen die Russische Föderation führe, sondern Präsident Putin mit dieser Aggression unter Verstoß gegen die in der UN-Charta Art. 2 auch von Russland unterschriebenen Prinzipien der Ächtung eines Angriffskrieges und die Achtung der Souveränität eines anderen Staates verstosse.